

Antrag zu Innen- und Rechtspolitik	Antrag 1
Digitale programmatische KMV, 25.06.2020	
Antragsteller: Lino Munaretto, Nathaniel Ritter	
Status: <input checked="" type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> nicht angenommen <input type="checkbox"/> verwiesen an _____	

1 **Betreff: Vertrauen und Respekt der Sicherheitskräfte stärken**

- 2 1. Die Jungen Liberalen Frankfurt verurteilen die Vorkommnisse in Stuttgart und
3 solidarisieren sich mit allen Polizeikräften. Die Notwendigkeit einer deutlichen Antwort
4 des Rechtsstaats ist selbstverständlich und sollte nicht betont werden müssen.
- 5 2. Die Jungen Liberalen Frankfurt zeigen sich besorgt, dass es zu vergleichbaren
6 Gewaltexzessen auch in Frankfurt kommen könnte. Wir erwarten von der Stadt
7 Frankfurt, dem Land Hessen sowie der Bundesregierung, dass sie der Entwicklung
8 ähnlicher Gefahren vorbeugt und die derzeitige Sicherheitslage vor allem an
9 bekannten Brennpunkten wie dem Bahnhofsviertel permanent neu überdenkt.
- 10 3. Die Jungen Liberalen Frankfurt sehen die Vorkommnisse in Stuttgart auch als Resultat
11 mangelnden politischen Rückhalts gegenüber der Polizei. Wir erwarten von der
12 Landesregierung, dass sie der hessischen Polizei den Rücken stärkt. Hierzu gehört
13 auch, dass sie Straftaten gegen ihre Beamten konsequent verfolgt.
- 14 4. Die Stadt Frankfurt und die Universität Frankfurt sollten auch vor dem Hintergrund,
15 dass eine linksterroristische Vereinigung offenbar in der Frankfurter Universität
16 Anschläge auf Justizgebäude planen konnte, von Vereinigungen, die öffentlichen
17 Raum nutzen, ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz einfordern. Eine Überlassung
18 von öffentlichem Raum an Gruppen, die Polizei und Staat offen beleidigen und Gewalt
19 gegen Beamte legitimieren, ist sofort einzustellen.
- 20 5. Eine starke Polizei, der die Bürger Vertrauen und Respekt entgegenbringen, muss
21 nach unserer Auffassung, selbstkritisch mit sich umgehen können. Die Vorkommnisse
22 von Rechtsextremismus in der Frankfurter Polizei haben uns gezeigt, dass
23 Handlungsbedarf besteht. Wir fordern daher, dass das hessische Innenministerium
24 Vorwürfe von Rassismus innerhalb der Polizeibehörden ergebnisoffen prüft, um
25 zielgenau gegen Verfehlungen einzelner Beamter vorgehen zu können und die
26 Mehrheit der Beamten gegen Vorverurteilungen in Schutz nehmen zu können.
 - 27 a. Hierzu soll das hessische Innenministerium eine wissenschaftliche Studie in
28 Auftrag geben. Ein Schwerpunkt der Studie sollte auf der Auswertung von
29 Personenkontrollen liegen. Soweit die hierzu erforderlichen Daten noch nicht
30 in ausreichender Detailtiefe und Differenzierungsschärfe in den
31 Polizeibehörden gesammelt werden, sind weitere Daten zu erheben. Die
32 Datengrundlage sollte geeignet sein, um zwischen Entscheidungskriterien und
33 Entscheidungserfolg Zusammenhänge belegen oder widerlegen zu können.
 - 34 b. Die Studie soll alternative Auswahlkriterien bei Personenkontrollen testen, um
35 Vergleichswerte zur bisherigen Einsatzroutine zu ermitteln.
 - 36 c. Auf Grundlage der Ergebnisse sind die Effizienz, Zielgerichtetheit und
37 Unvoreingenommenheit des Einsatzverhaltens zu optimieren. Wo der Verzicht
38 auf nicht notwendige, weil ineffiziente, Maßnahmen geeignet ist, die
39 Arbeitsbelastung der Beamten zu senken, ist dies zu prüfen. Niedrige
40 „Trefferquoten“ sind kritisch zu hinterfragen und die Kontrollen gegebenenfalls
41 anzupassen.

- 42 d. Vor allem sind effizientere Wege zu ermitteln, um Verstöße gegen das
43 Aufenthaltsgesetz festzustellen und wirksam abzustellen. Der Nutzen „zufällig“
44 festgestellter Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz ist abzuwägen mit der
45 immens stigmatisierenden Wirkung von Personenkontrollen rechtstreuer
46 Bürger in der Öffentlichkeit. Der effektiveren Durchsetzung des
47 Aufenthaltsgesetz bei bereits bekannten Verstößen (vollziehbare
48 Abschiebungen) ist im Zweifel der Vorrang einzuräumen.
- 49 6. Die Jungen Liberalen Frankfurt fordern, dass das hessische Innenministerium den
50 Auswahl- und Bewerberprozess der Polizeianwärter verbessert, um Zweifel an der
51 Verfassungstreue schon vor Antritt einer Beamtenlaufbahn zu erkennen.
- 52 7. Die Jungen Liberalen Frankfurt lehnen insbesondere ein Gesetz im Sinne des Berliner
53 Antidiskriminierungsgesetzes auf Landesebene ab, da es zu einer Stigmatisierung
54 verfassungstreuer Beamter führt. Das Gesetz distanziert Polizei und Bürger
55 voneinander und schürt Misstrauen auf beiden Seiten. Ein Gesetz, dass gegenüber
56 Beamten die Vermutung ausspricht diskriminierend zu handeln, widerspricht der
57 verfassungsmäßigen Fürsorgepflicht des Staates, der sich schützend vor seine
58 Beamten zu stellen hat.
- 59 a. Die Alternative, eine Beschwerdestelle beim Innenministerium (Vorbild
60 Niedersachsen), die Beschwerden aller Bürger sammelt und auswertet, könnte
61 dazu beitragen eine lernfähige, selbstbewusste und selbstkritische hessische
62 Polizei zu stärken, die im Dialog mit den Bürgern steht.
- 63 b. Wir fordern das hessische Innenministerium auf, Ländern Amtshilfeersuchen
64 zu verweigern, wenn ein Gesetz mit entsprechender Beweislastumkehr auch
65 gegenüber hessischen Beamten anwendbar sein sollte. Die Zusicherung eines
66 Innenministers oder Innensenators, hessische Beamte von der
67 Gesetzesanwendung auszunehmen, erscheint keine juristisch verlässliche
68 Grundlage zu bieten, um diese Besorgnis wirksam zu zerstreuen.
- 69 8. Die Jungen Liberalen widersprechen einer Forderung, welche die Ausstattung der
70 Polizeibehörden in Frage stellt („Defund the Police“) und betonen die Notwendigkeit
71 einer soliden Finanzierung der Polizeibehörden. Die amtsangemessene Besoldung
72 der Beamten ist auch in Krisenzeiten nicht zu relativieren, sondern eher zu stärken.

73
74 Begründung erfolgt mündlich